

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich (frei Haus 2,50 RM, halbjährlich 1,25 RM), durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,30 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 2. Juli 1929

Nummer 151

## Kriegsvorbereitungen der Industrie Probemobilisierung für den Krieg

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Leitartikel von heute morgen knüpft die Deutsche Allgemeine Zeitung an einen Bericht aus Japan an. Vor kurzem wurde in Japan eine Industrie-Probemobilisierung in einer Reihe von Fabriken durchgeführt mit dem Ziel einer plötzlichen Umstellung auf die Produktion von Kriegsmaterial mit Unterstützung des Heeres, der Flotte und der Kommunalbehörden. Viele Fabriken mußten die Zahl der von ihnen verarbeiteten Kriegsmaterialien in einer bestimmten Zeit herstellen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung weist darauf hin, daß noch unvollständiger als in Japan in Frankreich nach der Initiative des Sozialdemokraten Paul Boncour die Wirtschaft und die Technik auf Kriegproduktion organisiert sei. In Deutschland befähigen wir einen Deutschen Luftschiffbauverein, der keineswegs gemittelt sei, ein bloßes Dasein zu führen. Die DAZ fordert praktische Arbeit, die nur in Gestalt von Übungen nach dem japanischen Vorbild denkbar seien, und die DAZ schließt wörtlich:

„Wir haben allen Grund zu schnellerem Tempo, denn die letzten Erfahrungen mit der Ratifizierung des Genfer Protokolls wegen Verbot des Gaskrieges zwingen gerade das von allen Seiten bedrohte Deutschland zu Taten.“

Die Sprache der Zeitung der deutschen Industriellen, die gleichzeitig inoffizielles Regierungsorgan der preussischen Regierung ist, ist sehr deutlich. Ohne Verschleiерung erheben die Kapitalisten hier ihre Stimme für die ernstesten Kriegsvorbereitungen. Das gesamte herrschende Getöse der Sozialdemokraten über die angebliche Kriegsfeindschaft Deutschlands, über die Friedensfreunde, die Abwertung, wird hier mit einem Schlag als Lüge und Betrug enthüllt.

Die Kapitalisten bereiten den Krieg vor.

Sie verlangen jetzt die ganz konkrete und praktische Einstellung auf den neuen imperialistischen Krieg.

Jeder Arbeiter, auch der, der bisher noch den Hoffnungen

der Kommunisten, daß die deutschen Kapitalisten Hoberheit für den Krieg rüsten, daß die Sozialdemokraten diese Kriegsvorbereitungen unterstützen, ungläubig gegenüberstand, wird aus dieser Haltung der DAZ sehen, daß die Kommunisten recht haben. Die Gefahr des Krieges ist in greifbare Nähe gerückt.

Die Probemobilisierungen in Japan, die sicherlich auch in anderen Ländern durchgeführt werden, beleuchten blühartig die Lage und die Größe der Gefahr für die Arbeiterklasse.

Die Forderung der DAZ kennzeichnet die Haltung der deutschen Kapitalisten, die Rolle Deutschlands im nächsten imperialistischen Krieg.

Es gibt keine Neutralität. Deutschlands Trustbourgeoisie ist schon heute profitulieren nach neuen Kriegsgewinnen. Die Arbeiter werden dabei die Leidtragenden sein, die werden die Ausbeutungsobjekte und das Kanonenfutter.

Laßt euch nicht erneut irreführen und betrügen. Jetzt kommt ihr auch den Sinn und Zweck des sich verschärfenden Terror erkennen. Jetzt könnt ihr auch begreifen, weshalb die sozialdemokratischen Führer den RWB verboten haben, weshalb sie die kommunistischen Zeitungen unterdrücken, weshalb sie mit dem Parteiverbot drohen. Jetzt begreift jeder Arbeiter, zu welchem Zweck die nationalsozialistischen Verbände unterstützt und ausgebaut werden.

Es gibt der Vorbereitung der Kriegsstimmung, der Zermürbung der Arbeiterklasse, deswegen Polizeiterror, deswegen Koalitionspolitik.

Arbeiter, Klassengenossen, die Lage ist ernst. Organisiert die proletarische, revolutionäre Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg.

Bereitet eine würdige Antikriegskundgebung vor.

Am 1. August demonstriert unter den Fahnen des Kommunismus für den Sieg der Arbeiterklasse, für die Diktatur des Proletariats

## Grzeffinitis Diktaturprogramm

Wer nach den Drohungen Severings mit dem § 48 die Gefahr der sozialfaschistischen Diktatur noch nicht begriffen hat, muß die Rede des Preussischen Innenministers Gezeffinitis, die er auf der Reichsbannerkundgebung in Frankfurt a. M. am 29. Juni hielt, und den offiziellen Leitartikel des Vorwärts vom 30. Juni „Schutz der Republik“ lesen. Rede und Artikel beleuchten blühartig die politische Situation. Sie beschäftigen in allen Punkten die Zeitstellungen des Weidinger Parteitag der KPD über die sozialfaschistischen Diktaturpläne der Müller-Severing-Grzeffinitis. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Arbeiter in den Betrieben, daß die breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land nicht nur über die Diktaturpläne der bürgerlich-sozialdemokratischen Front aufgeklärt werden, sondern auch die verlogenen demagogischen Argumente zur Begründung dieser Diktatur durchschauen und sofort als elenden Schwindel zurückweisen.

Grzeffinitis sprach in Frankfurt über die Diktatur. Er machte dabei folgende „Entdeckung“:

„Die Diktatur ist die Regierungsform der Gewalt, die sich ein Volk, ganz gleich welches, heute nur gefallen läßt, solange es sie sich gefallen lassen muß.“

Das ist nicht einfach harmloser Blödsinn! Die „Entdeckung“, daß die Wähler sich die Diktatur solange gefallen lassen, wie sie sich die Diktatur gefallen lassen müssen, ist mit einer ganz bestimmten politischen Absicht verbunden. Das deutsche Volk soll sich die Diktatur der Sozialfaschisten auch gefallen lassen — wie lange, das werden nicht die Massen, sondern die Grzeffinitis, Severing, Wels bzw. ihre großbürgerlich-imperialistischen Auftraggeber bestimmen.

Die Magdeburger Diktaturpatrolen von Wels variierend, erklärte dann Grzeffinitis:

„Wenn es vorübergehend nicht anders gehen sollte, dann kommt allein nur die Diktatur der organisierten Massen des Volkes in Frage, die in den Gewerkschaften und im Reichsbanner zusammengelassen sind.“

Auf dem Magdeburger Parteitag sprach Wels von der Diktatur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, im Reichstag Severing vom § 48, in Frankfurt spricht Grzeffinitis von der Diktatur der Gewerkschaften und des Reichsbanners. Verschiedene Namen, verschiedene Formulierungen für eine und dieselbe Sache: Für die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt von den Sozialfaschisten!

Das sehen die Klassenbewegten, selbständig denkenden Arbeiter. Das sehen noch nicht klar die Arbeiter, die noch nicht erkannt haben, welcher Schwindel hinter den sozialdemokratischen Parolen „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“ steckt. Die dringende, wichtigste Aufgabe der Aufklärung ist daher die Entlarvung dieses demagogischen Betrugsmanövers der SPD.

Zunächst muß man auf den ausgeprägten faschistischen Charakter der Parole „Nur vorübergehende Diktatur“ aufmerksam machen. Unter der Fokung der vorübergehenden Diktatur wurde in Polen das weiße Terrorregime der Pilsudski-Diktatur errichtet. Eine nur vorübergehende Diktatur sollte auch die Willkürdiktatur Primo de Riveras in Spanien, die Diktatur der weißen Generale in Jugoslawien sein. Genau wie in diesen Fällen wird auch in Deutschland die Lüge von einer nur vorübergehenden Diktatur angewendet, um den Plan eines dauerhaften Diktaturregimes zu maskieren. Wie ernst es übrigens den Sozialfaschisten mit ihren Plänen ist, geht aus daraus hervor. Daß nicht nur Grzeffinitis, sondern auch der Vorwärts die „vorübergehende Diktatur“ propagieren. So schreibt der Vorwärts vom 30. Juni:

„Wenn wir bereit sind, unter außerordentlichen Umständen auch zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, so deshalb, weil wir die Demokratie schätzen oder — im alleräußersten Fall — sie nach einer vorübergehenden Störung wieder herstellen wollen.“

Und nun zum „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“. Der Vorwärts glaubt die Arbeiter mit folgender albernen Perspektive schrecken zu können: Wenn die SPD sich passiv und neutral verhalten würde, würde im Straßenkampf zwischen Faschisten und Kommunisten entschieden werden, wer in Deutschland regieren soll, wobei wahrscheinlich die Faschisten den Sieg davontragen würden. Aber selbst wenn die Kommunisten siegen würden, müßte angesichts ihrer allgemein anerkannten Unfähigkeit ihr Sieg nach wenigen Tagen mit dem totalen Zusammenbruch enden. Dann wäre für die Diktatur von rechts freie Bahn“. Wjo: damit die Faschisten nach einem Sieg der Kommunisten nicht die Macht ergreifen, deshalb muß die Sozialdemokratie mit den sozialfaschistischen Diktaturmethoden die Arbeiterklasse niederdrücken.

Es ist ein Zeichen für die schlimme Lage, in der sich die SPD befindet, daß Stämpfer außer einem derartig albernen Annemärchen nichts anderes zur Begründung der Diktaturpläne von Wels, Severing, Grzeffinitis anführen kann. Mit den Argumenten von Stämpfer wird man über keinen Hund vom Ofen locken können. Aber nicht in Folge, sondern trotz dieser Ar-

## Regierungswirrwarr in Gachfen

Nationalsozialistisches Angebot an Kommunisten und Sozialdemokraten — Büngers Arbeit für die Große Koalition

Dresden, 2. Juli 1929.

Der Ministerpräsident Büniger hat heute seine Regierung noch nicht zusammen. Die Nationalisten haben in ihrem Vorhand einen Beschluß gefaßt, nach dem sie die Wahl Büngers als nicht ordnungsmäßig erfolgt betrachten und erklären, aus der Regierung auszuscheiden.

Heute teilt die Zeitung nun mit, daß Herr Büniger ein Kabinett unter Ausschaltung der Demokraten und Nationalisten bilden will. In diesem Kabinett sollen die Nazis das Innenministerium, die Deutschnationalen das Justizministerium erhalten. Weber soll Finanzminister bleiben. Dieses Kabinett verfügt im Landtag über keine Mehrheit.

Der Plan, den die Volkspartei hier verfolgt, ist ganz klar. Es ist Vorbereitung für die große Koalition. Die evtl. Bekämpfung des Innenministeriums mit einem Nationalsozialisten soll den Koalitionspolitikern in der SPD Wasser auf die Mühlen treiben.

Inzwischen vollführen die Nationalsozialisten ein neues Theater. Heute ging bei der kommunistischen Fraktion ein Schreiben ein, in dem die Nazis die KPD und die SPD zur Bildung der Regierung auffordern und ihre Bereitschaft erklären, diese Regierung zu unterstützen. Das Schreiben ist gezeichnet von Herrn Hellmut von Müde und im Auftrage der Reichsleitung abgefaßt.

Herr von Müde fordert die SPD und die KPD zur Besprechung auf, in der die Bedeutung der Unterstützung festgelegt werden solle. v. Müde wünscht die vertrauliche Behandlung des Schreibens.

Wir möchten hierzu zuerst betonen, wir kennen in politischen Fragen keine Vertraulichkeit mit arbeitersindlichen Parteien. Wir tragen die Politik für die Massen der Arbeiter auch offen vor den Massen aus. Wir werden das Schreiben, das wir heute wegen Mangels nicht bringen können, morgen veröffentlichen. Unsere Stellung zu einer aus einem bürgerlichen Parlament hervorgegangenen Regierung ist zu bekannt, als daß wir darauf hier noch besonders eingehen sollten. Das Schreiben ist aber bezeichnend für die enge Wesensverwandtschaft der Faschisten und Sozialdemokraten, es kennzeichnet aber auch die Schwierigkeiten, die Zerstückung im Lager der Kapitalisten. Die Nationalsozialisten, die ihren Wahlkampf mit großen Tönen gegen das Großkapital führten, unterstützen hier einen Vertreter dieses Kapitals bei der Wahl zum Ministerpräsidenten, damit enthielten sie schon ihre wirkliche Stellung. Das macht der Reichsleitung der Nazis einige Sorgen und sie möchten durch ein neues Mandat diese Stellung etwas verschleiern.

Praktisch bedeutet aber auch dieser Schritt der Nationalsozialisten eine Hilfsstellung für die Koalitionsbildung durch die Sozialdemokraten.

Die kommunistische Fraktion wird den Parteien im Landtag, in aller Öffentlichkeit Gelegenheit geben, ihre Stellungnahme zu bekunden.

## Reichswehrartillerie

Immer wieder bekommt man zu hören, daß die Reichswehr für einen Krieg nicht zu gebrauchen ist, da sie nicht über die nötige Artillerie verfügt.

Gewiß besitzt die Reichswehr zur Zeit offiziell angeblich „nur“ 310 Geschütze leichter und mittleren Kalibers, jedoch dürfte es kein Geheimnis sein, daß die deutsche Schwerindustrie jederzeit technisch in der Lage ist, das, was fehlt, aufzuholen, wenn es erst so weit ist...

Die alte preussische Armee mit ihren tausenden Geschützen leichter, mittleren, schweren und schwersten Kalibers (42-cm-Mörser!) brauchte für die Instandhaltung dieses gewaltigen Artillerieparkes 2 254 011 Mark jährlich. Die Reichswehr mit ihren 310 Geschützen braucht aber jährlich (und erhält sie von der SPD bewilligt) 5 700 000 Reichsmark.

Diese hohe Differenz zeigt jedem denkenden Arbeiter, was gespielt wird und warum die KPD aufruft zur Massenmobilisierung aller Werktätigen am 1. August.

